

Die Energiewende vertreibt die Stahlindustrie

Die Fusion der Stahlsparte von Thyssen-Krupp mit dem indischen Konzern Tata-Steel ist der Beginn der Aufgabe der Stahlproduktion in Deutschland. Die teure und unkalkulierbare Energiewende in Deutschland zwingt dazu. Die Stahlarbeiter werden in den nächsten Jahren ihren Arbeitsplatz verlieren und müssen um ihre versprochene Werksrente bangen. Es ist unverständlich, dass die Betriebsräte und die Gewerkschaften nicht Front gegen die unwirtschaftliche und unsoziale Energiewende machen, sondern Managementfehlern die Schuld geben. Schuld ist die unverantwortliche deutsche Energiepolitik.



Stillgelegte Industrieanlage [1]

Energiebedarf zur Stahlherstellung

Zur Produktion von Stahl aus Erz braucht man Kohle, die den Sauerstoff aus dem Erz letztlich als Kohlenstoffdioxid (CO₂) bindet und die notwendige Schmelzwärme erzeugt. Insgesamt sind hierfür 520 kg Kohle erforderlich, die zu 1,9 Tonnen CO₂ umgewandelt werden. Mit diesen Werten ist man fast an der theoretisch notwendigen Kohlenstoffmenge. Es ist also nicht möglich, die Kohlenstoffdioxid-Emissionen pro Tonne Stahl noch weiter zu mindern. Bisher erhält die deutsche Stahlindustrie kostenlose CO₂-Zertifikate. Nach den Forderungen der „Grünen“ drohen aber in Zukunft Zertifikatskosten von mindestens 20 Euro pro Tonne CO₂ für alle. Das bedeutet eine Erhöhung der Produktionskosten von rund 10 Prozent bei einem Erlös von 400 bis 500 Euro pro Tonne Rohstahl. Die Stahlindustrie kann dies im internationalen Wettbewerb trotz modernster und hocheffizienter Anlagen nicht schultern, weil viele Länder keine derartige Abgabe verlangen und darüber hinaus weit günstigere Stromkosten haben. Die Stahlwerke werden insolvent oder müssen ihre Produktion in kostengünstige Länder verlegen.

Stahl aus Schrott wird heute weitgehend elektrisch in Lichtbogenöfen mit Leistungen bis zu 100 Megawatt geschmolzen. Das ist 10 Prozent der Leistung eines Kernkraftwerkes oder eines großen Kohlekraftwerkes. Je Tonne Stahl werden 400 Kilowattstunden (kWh) Strom benötigt. Bisher sind die Stahlwerke von der Abgabe nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) befreit. Doch auch hier werden politische Forderungen laut, diese „Privilegien“ aufzuheben. Damit würden die Produktionskosten um 28 Euro pro Tonne Stahl steigen. Der Stahl ist dann nicht mehr wettbewerbsfähig gegenüber Ländern, die keine Energiewende kennen und geringe, marktgerechte Strompreise haben.

Ökostrom zerstört Produktionsanlagen

Darüber hinaus drohen durch den unberechenbaren und wetterwendischen Ökostrom in Zukunft Stromausfälle. Wenn dann der flüssige Stahl vorzeitig im Produktionsprozess erstarrt, drohen hohe Verluste durch die Zerstörung von Schmelz- und Gießanlagen.

Verlagerung ins Ausland

Man braucht kein großer Wirtschaftsexperte zu sein, um vorauszusagen, wie die Verlagerung der deutschen Stahlindustrie ablaufen wird. Die Produktion in Deutschland läuft zunächst weiter. Die Instandhaltung der Anlagen wird gestoppt. Es werden nur noch die für die Aufrechterhaltung der Produktion unbedingt notwendigen Reparaturen durchgeführt. Mit den weitgehend abgeschriebenen Anlagen ohne Instandhaltungsaufwand wird noch Geld verdient. Mit diesem Geld werden im kostengünstigen Ausland neue Werke aufgebaut. Wenn die Reparaturkosten der auf Verschleiß gefahrenen Werke in Deutschland zu hoch werden, wird die Firma an einen „Investor“ verkauft, der sie in die Insolvenz treibt. In vielen Fällen verlieren dann die Mitarbeiter nicht nur ihren Arbeitsplatz, sondern auch noch zugesagte Werkspensionen. Die Flucht aus dem Energiewendeland Deutschland läuft seit mehr als 10 Jahren, teils unbemerkt, teils sogar als wichtige Auslandsinvestitionen von der Politik gefeiert.

Nur der Stopp der Energiewende erhält Arbeitsplätze

Diese Bedingungen sollten den Betriebsräten und der Führung der IG-Metall bekannt sein. Viele von ihnen sind ja Aufsichtsräte und haben dadurch alle wichtigen Informationen. Unter diesem Gesichtspunkt wirken Demonstrationen gegen den Verlust von Arbeitsplätzen als reine Alibi-Veranstaltungen, solange nicht die Forderung nach dem Schluss der Energiewende nicht an erster Stelle steht.

Der Maschinenbau braucht die Stahlindustrie

Doch auch dem deutschen Maschinenbau mit der Automobilindustrie an der Spitze droht Unheil. Stahl hat sich in den letzten 50 Jahren zu einem High-Tech-Werkstoff entwickelt. Es gibt Stähle mit hervorragender Tiefziehfähigkeit, mit hohen Festigkeiten bei guter Verformbarkeit, hoher Verschleißfestigkeit und vielen anderen nachgefragten Eigenschaften. Bereits bei der Planung einer neuen Maschine arbeiten die Konstrukteure und Fertigungs-Ingenieure mit den Stahlherstellern zusammen, um optimale Bauteile zu konzipieren, die die Fertigung erleichtern, die Beanspruchbarkeit verbessern und die Kosten minimieren. Mit der Aufgabe der Stahlindustrie in Deutschland müssen diese Kontakte in fremde Länder geknüpft werden. Höhere Kosten und auch teure Lieferausfälle sind zu erwarten. Daher sollte auch der noch in Deutschland verbliebende Maschinenbau gegen die deutsche Energiewende Front machen. Bisher ist davon wenig zu spüren.

Schluss mit: Energiewende – Kosten ohne Ende

Die Fachleute vom Stromverbraucherschutz NAEB e.V., die langjährige Erfahrung in der Stromversorgung haben, sind immer wieder über die indoktrinierte Denkweise von Führungskräften der Wirtschaft, der Gewerkschaften und der Betriebsräte erschüttert. Viele stehen weiter hinter der Energiewende und glauben offensichtlich, mit einem weiteren Ausbau der Ökostromanlagen würde die Energieversorgung sicherer und die Energiekosten würden fallen. Die physikalischen Gesetze zeigen jedoch ganz eindeutig: Dies ist unmöglich. Die Abwanderung der deutschen Industrie kann nur gestoppt werden, wenn wir alle gemeinsam gegen die unwirtschaftliche und unsoziale (Umverteilung von unten nach oben) Energiewende protestieren.

Prof. Dr. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.de und www.NAEB.tv

EIKE: Was Sie schon immer über die Energiewende wissen wollten
https://www.youtube.com/watch?v=HHAWPQIz_Vs
<https://www.youtube.com/watch?v=mZSKhZI7eG8>

Bildquelle
[1] 4c108509ea7c5aa74f831092 von StockImageBlowout / Industry

Vereinsinformation

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG-Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaik statt. NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Vereinskontakt

Hans-Günter Appel
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Fax 05241 70 2909
Hans-Guenter.Appel at NAEB.info
www.NAEB.de

Pressekontakt

Hans Kolpak
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Hans.Kolpak at NAEB.info
www.NAEB.tv